

## **Antrag**

### **der Fraktion der SPD**

#### **Für eine verantwortungsvolle Aussiedlerpolitik**

Der Bundestag wolle beschließen:

##### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Aussiedler und Spätaussiedler stehen in der Bundesrepublik Deutschland sozial, wirtschaftlich und kulturell vor erheblichen Problemen, die ohne ein umfassendes Integrationskonzept nicht bewältigt werden können. Als Deutsche aus den mittel-, südost- und osteuropäischen Ländern haben sie Anspruch auf unsere volle Unterstützung. Jahrzehnte beruhte die Aussiedlerpolitik auf der Position „Das Tor bleibt offen“ und ließ langfristige Gestaltungsperspektiven vermissen. Inzwischen ist die Integration zu einer immer wichtigeren und zugleich immer schwierigeren gesellschaftlichen Herausforderung geworden.

Aussiedlerpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf einen möglichst breiten Grundkonsens und positive Rahmenbedingungen stützen kann. Um eine schnellere Integration zu erreichen, müssen vor allem in den Lebensbereichen Beruf, Schule und Wohnen gleiche Startchancen gewährleistet sein. Seit den frühen 90er Jahren hat sich aber das für die Aussiedlerinnen und Aussiedler zur Verfügung stehende Integrationsinstrumentarium verschlechtert: Gesellschaftspolitisch bedenklich ist die drastische Senkung der Eingliederungshilfen, obwohl z. B. in vielen Fällen die Deutschkenntnisse der Spätaussiedler immer unzureichender sind. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Eingliederung ist ein ausreichender Spracherwerb. Diese Grundvoraussetzung wird mit der gegenwärtigen Dauer der Sprachkurse von sechs Monaten nicht mehr erfüllt. Hinzu kommt, daß durch die Misere auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geringer qualifizierte Auszubildende oder Arbeitssuchende trotz allen Fleißes zunehmend Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Betroffen sind vor allem junge, im Eingliederungsprozeß immer häufiger enttäuschte und dadurch demotivierte und desorientierte Aussiedlerinnen und Aussiedler. Sie dürfen nicht mit ihrer Enttäuschung allein gelassen werden, sondern müssen wieder eine Perspektive erhalten.

Integration ist ein langwieriger Prozeß, der Ausdauer und Verständnis von beiden Seiten – sowohl von der einheimischen Bevölkerung als auch von den Aussiedlerinnen und Aussiedlern – verlangt. Durch aktive Solidarität und praktische Hilfen wird das Einleben in einer fremden Welt erleichtert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. aufgrund des stärkeren Qualifizierungsbedarfs umgehend die mit der rückläufigen Zuwanderung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern begründete Reduzierung der Bundesmittel für die sprachliche und gesellschaftliche Eingliederung aufzuheben und die Eingliederungshilfen zu verbessern sowie
2. ein Konzept zur schnelleren Integration der Aussiedler und Spätaussiedler vorzulegen, mit dem insbesondere die Integrationsmaßnahmen für junge Aussiedler und Spätaussiedler verstärkt werden.

Bonn, den 28. Mai 1998

**Rudolf Scharping und Fraktion**